

**Pressemitteilung zum Abstimmungsergebnis vom 18. Mai 2014  
zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung**

Das heutige Abstimmungsergebnis kam nur aufgrund der Irreführung der Schweizer Bürger durch Bundesrat Berset und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) zustande. Die neue Verfassungsbestimmung eröffnet dem Bund neue Möglichkeiten zentralistischer Durchgriffe von oben. Wäre die Bevölkerung wahrheitsgetreu informiert worden, welche grundlegenden Veränderungen unter dem Etikett medizinische Grundversorgung geplant sind, die letztlich zu einem völligen Abbau der hausärztlichen Grundversorgung führen werden, hätte sie diese Verfassungsänderung hoch abgelehnt. Niemand will, dass nichtärztliches und nichtmedizinisches Personal den Hausarzt ersetzt. Niemand will, wenn er und seine Familie krank sind, nach utilitaristischen Kosten-Nutzen-Abwägungen vom „Gatekeeper“ abgefertigt werden, der am Ende über das Leben eines Patienten entscheidet. Das ist ein Angriff auf die Würde des Menschen. Das darf in unserem Land nicht zugelassen werden. Die heute zur Abstimmung gekommene Mogelpackung ist ein Betrug am Volk. Wir verlangen von Bundesrat Berset eine Offenlegung seiner Pläne und über diese eine ehrliche und aufrichtige Diskussion mit der Bevölkerung. Wenn er das nicht tut, ist er als Bundesrat nicht mehr tragbar und muss zurücktreten.

Wir werden alles daran setzen, dass unser hochentwickeltes Schweizer Gesundheitswesen mit seiner guten und sorgfältigen ärztlichen Versorgung für alle Menschen in unserem Land erhalten bleibt. Dazu gehört auch der bewährte freiheitliche und föderalistische Aufbau. Die einer grundlegenden Umgestaltung dienenden geplanten Gesetze müssen mit vollem Einsatz verhindert werden. Das von Bundesrat Berset vorgestellte 32 Millionen Franken teure, zentrale Kontrollinstitut mit dem schön klingenden Namen „Qualitätsinstitut“ ist nur eine dieser menschenverachtenden Gesetzesvorlagen, die nicht Menschenleben retten wird, sondern das Gegenteil bewirken. Das ist unethisch und kommt nicht in Frage. Gegen diese unsäglichen Pläne werden wir uns zusammen mit vielen weiteren wachsamem Bürgerinnen und Bürgern mit allen demokratischen Mitteln einsetzen.

Festzuhalten bleibt: Es braucht weiterhin eine sorgfältige und gewissenhafte ärztliche Diagnostik, Therapie und Begleitung eines jeden Patienten durch seinen Hausarzt oder den Spezialarzt. Dies erspart viel Leid und verursacht auch die geringsten Kosten.

Dr. med. Susanne Lippmann-Rieder,  
Mitglied «Nein-Komitee zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung»

Prof. Dr. med. David Holzmann,  
Mitglied «Nein-Komitee zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung»